

ZU PROBLEMEN DER ENTWICKLUNG DER VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT IN USBEKISTAN

Der Aufsatz befasst sich mit Fragen der Entwicklung des Systems gerichtlicher Verwaltungskontrolle in der Republik Usbekistan im Kontext der rechtsstaatlichen Modernisierung des postsowjetischen zentralasiatischen Landes. Der Autor erörtert die Rechtsgrundlagen der usbekischen Verwaltungsgerichtsbarkeit und geht auf die Problematik der Entwicklung grundlegender Rechtsbegriffe sowie die tragenden Prinzipien eines rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechenden Verwaltungsgerichtsverfahrens ein.

Darüber hinaus äußert sich der Autor zu den rechtspolitischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verwaltungsreform in Usbekistan. Er weist auf die Notwendigkeit einer Veränderung des allgemeinen Rechtsbewusstseins im seinem Land hin und hält das derzeitige usbekische Rechtsschutzsystem für verbesserungsbedürftig. Bei der Transformation Usbekistans in einen demokratischen Rechtsstaat sollten nach Ansicht des Autors deutsche Erfahrungen auf dem Gebiet des Rechtsschutzes berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang empfiehlt er eine enge Zusammenarbeit usbekischer und deutscher Rechtswissenschaftler und Rechtspraktiker.

Schlüsselwörter: Entwicklung, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Grundprinzipien, Modernisierung, Republik Usbekistan.

Dr. iur. **Azamat
Egamberdiev**,
Dozent des Lehrstuhls
für Staatsrecht und
Staatsverwaltung
der Taschkenter
Staatlichen Juristischen
Universität beim
Justizministerium der
Republik Usbekistan
orcid.org/0000-0001-5152-9885

I. Einleitung

Dem gerichtlichen Verwaltungsrechtsschutz kommt im Rechtsstaat eine grundlegende Bedeutung zu. Es ist jenes Institut, welches den Bürger aus der Rolle eines Objektes der Verwaltung befreit und in den Status eines Rechtssubjektes erhebt, das seine Ansprüche gegenüber den Trägern öffentlicher Verwaltung gleichberechtigt geltend machen, d.h. ein bestimmtes Handeln, Dulden oder Unterlassen fordern kann.

Im Jahr 2018 wurde in Usbekistan das „Gesetzbuch der Republik Usbekistan über die Verwaltungsrechtspflege“ verabschiedet. Das ist der erste Gesetzgebungsakt, der tradierte prozessuale Normen in ein neues öffentlich-rechtliches Rechtsinstitut integriert, das die Rechte der Bürger schützt. Dies zeigt, dass Usbekistan, sich stützend auf seine eigene Rechtstradition, den Anschluss an die Entwicklungstendenzen des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts der kontinental-europäischen Staaten sucht. Die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit ist damit von grundlegender Bedeutung für die rechtsstaatliche Modernisierung Usbekistans.

II. Allgemeine Grundlagen des Rechtsschutzes der Bürger gegen Verwaltungshandeln

1. Das Wesen der gerichtlichen Verwaltungskontrolle

Die usbekische Verwaltungsrechtswissenschaft leitet das Recht auf die Verteidigung subjektiver Rechte der Bürger auf dem Gebiet der Verwaltung aus dem verwaltungsrechtlichen Status des Bürgers ab. Die Verteidigung subjektiver Rechte in Usbekistan wird als ein Aspekt der *Sicherung der Gesetzlichkeit* der öffentlichen Verwaltung verstanden. Als Mittel zur Sicherung der Gesetzlichkeit der Verwaltung und in diesem Sinne auch des Schutzes der Rechte der Bürger gelten vor allem die allgemeine staatliche Kontrolle, Verwaltungsaufsicht (*umumiy ma'muriy nazorat*), die staatsanwaltschaftliche Aufsicht (*prokuror nazorati*) und die gerichtliche Kontrolle (*sud nazorati*).

Die gerichtliche Verwaltungskontrolle bezeichnet man in Usbekistan üblicherweise als „*Gerichtsbarkeit in Verwaltungssachen*“ (*ma'muriy ishlar bo'yicha odil sudlov*) oder „*Verwaltungsrechtspflege*“ (*ma'muriy sud*).

ishlarini yuritish), seltener als „*Verwaltungsjustiz*“ (*ma'muriy adliya*)¹. Während die Verwaltungsbehörde bei Ermessensentscheidungen auf eine Beschwerde hin ein bestimmtes Verwaltungshandeln auf dessen Recht- und Zweckmäßigkeit überprüft, beschränkt sich das Gericht bei der Behandlung von Beschwerden und Klagen auf die Rechtmäßigkeitskontrolle.

Die Verfassung der Republik Usbekistan (Art.44) garantiert das allgemeine Recht auf Beschwerde bei Gericht². Das Zivilgesetzbuch der Republik Usbekistan³ sieht vor, dass der Schutz bürgerlicher Rechte sowohl im verwaltungsbehördlichen Verfahren als auch durch Gerichte und Schiedsgerichte gewährt wird (Art. 10). Nach Art. 12 des Zivilgesetzbuchs erklärt das Gericht den Akt eines Staatorgans oder einer örtlichen Selbstverwaltung für unwirksam, wenn dieser Akt rechtswidrig ist und den Bürger bzw. die juristische Person in eigenen Rechten verletzt.

Auf Grund des bis zum 12.10.2018 geltenden „Gesetzes über die Beschwerdeführung bei Gericht gegen Handlungen und Entscheidungen, welche die Rechte und Freiheiten der Bürger verletzen“ vom 30.8.1995⁴ wurden bis zum 1.4.2018 die meisten öffentlich-rechtliche Streitigkeiten von den Zivilgerichten⁵ nach den zivilprozessrechtlichen Vorschriften entschieden⁶, insbesondere nach

¹ Unter Rechtspflege versteht man traditionsgemäß die Anwendung von Rechtsnormen auf einen konkreten Streitfall (auf eine Tatsache, eine Handlung, eine Unterlassung oder ein Rechtsverhältnis) durch ein Gericht (einen Richter) in einem gesetzlich festgelegten Prozessverfahren mit verbindlicher Festlegung der Rechtsfolgen für die streitbeteiligten Personen.

² Verfassung der Republik Usbekistan (*O'zbekiston Respublikasi Konstitutsiyasi*), angenommen am 8.12.1992 auf der Elften Tagung des Obersten Sowjets der Republik Usbekistan der 12. Legislaturperiode und zuletzt geändert am 5.9.2019. URL: <https://lex.uz/acts/35869>.

³ Das Zivilgesetzbuch der Republik Usbekistan vom 25.12.1995 (in Kraft seit 1.3.1997, zuletzt geändert am 23.01.2020), <https://lex.uz/docs/111181>.

⁴ Gesetz der Republik Usbekistan « Über die Beschwerdeführung vor Gericht gegen Handlungen und Entscheidungen, die die Rechte und Freiheiten der Bürger verletzen » (*Fuqarolarning huquqlari va erkinliklari buzadigan xatti-haraqatlar va qarolar ustidan sudga shikoyat qilish to'g'risida qonun*) vom 30.8.1995, Nr.O'RQ-108-I (außer Kraft getreten am 12.10.2018 aufgrund Gesetzes vom 11.10.2018 (Nr.O'RQ-496), <https://lex.uz/acts/116760>).

⁵ Solche Streitigkeiten wurden von den Zivilgerichten bis Ende Mai 2017 entschieden. Ab 1.6.2017 wurde das Gerichtssystem Usbekistans um eine spezielle Verwaltungsgerichtsbarkeit ergänzt (siehe im weiteren Text).

⁶ Dabei entschied sich der Gesetzgeber gegen eine enumerative Auflistung von einzelnen Fallkategorien, in denen der Rechtsweg zum Gericht gegeben sein sollte, sondern für eine Generalklausel: Nach Art. 1 des Gesetzes vom 30.8.1995 war für Beschwerden gegen beliebige Handlungen (Entscheidungen) von Verwaltungsorganen und Amtspersonen der Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten eröffnet. Man muss aber anmerken, dass eine Reihe von verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten noch in der Sowjetzeit für justitiabel erklärt wurde. So erlangte mit der Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (fortan – UdSSR) von 1977 bzw. der der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik von 1978 das Recht auf Beschwerde bei Gericht gegen Verwaltungshandeln Verfassungsrang. Die Verabschiedung des diese Verfassungsnorm der UdSSR ausführenden Gesetzes « Über die Beschwerdeführung bei Gericht gegen rechtswidrige Handlungen von Amtspersonen, die die Rechte der Bürger schmälern » ließ jedoch bis zum 30.06.1987 auf sich warten. Mit ihm entschied man sich für die prinzipielle Möglichkeit, gegen jede beliebige Form von Verwaltungshandeln, das subjektive Rechte und gesetzlich geschützte Interessen der Bürger verletzt bzw. „schmälert“, Beschwerde bei Gericht einzulegen.

Maßgabe der Kapitel 26-28 Zivilprozessordnung der Republik Usbekistan⁷. Mit Wirkung zum 1.6.2017 wurde das Gerichtssystem Usbekistans um eine spezielle Verwaltungsgerichtsbarkeit ergänzt, die für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten (darunter die „Verwaltungsrechtsverletzungen“⁸) zuständig ist.⁹ Am 1.4.2018 trat das „Gesetzbuch über die Verwaltungsrechtspflege“ in Kraft¹⁰ und am 9.1.2019 trat das „Gesetz über administrative Prozeduren“ in Kraft¹¹.

(Generalklausel), d.h. gegen die Aufstufung konkreter Handlungen (Entscheidungen), die der Beschwerdeführung bei Gericht unterliegen. Siehe dazu nur *N. Ju. Chamaneva*, *Obžalovanie v sud dejstvij i rešenij, narušajuščich prava i svobody graždan Rossii* [Die Beschwerdeführung vor Gericht gegen Handlungen und Entscheidungen, die die Rechte und Freiheiten der Bürger Russlands verletzen], *GiP* 1993, Nr. 11, S. 3.

⁷ Die prozessualen Normen dieser Kapitel unterschieden sich in vielem von anderen Normen des Zivilprozessrechts und stellten ihrem Wesen nach Normen des Verwaltungsprozessrechts dar. Siehe die Zivilprozessordnung der Republik Usbekistan vom 30.8.1997 (außer Kraft getreten am 1.4.2018 aufgrund Gesetzes vom 29.1.2018 (Nr.O'RQ-463), URL: <http://lex.uz/docs/186098>.

⁸ Bei den Verwaltungsrechtsverletzungen handelt es sich um Verstöße gegen Verwaltungsvorschriften, die in Abgrenzung zu den Straftaten als Ordnungswidrigkeiten eingestuft werden und die sog. verwaltungsrechtliche Verantwortlichkeit (*ma'muriy javobgarlik*) begründen. Verwaltungsstraftatbestände enthalten der Besondere Teil des Gesetzbuchs der Republik Usbekistan über Verwaltungsverantwortlichkeit vom 22.9.1994 (in Kraft seit 1.4.1995, mit zahlreichen Änderungen), Gesetze (z.B. Zollgesetzbuch der Republik Usbekistan), normativ-rechtliche Akte von kompetenten Exekutivorganen (Amtspersonen).

⁹ Im Februar 2017 wurde zudem ein Erlass des Präsidenten der Republik Usbekistan verabschiedet, der die Zusammenlegung des Obersten Gerichts und des Obersten Wirtschaftsgerichts der Republik Usbekistan anordnete und das Oberste Gericht der Republik Usbekistan zum einheitlichen höchsten Organ der Gerichtsgewalt in den Bereichen des Zivil-, Straf- Verwaltungs- und Wirtschaftsrechts erklärte. Siehe Erlass des Präsidenten der Republik Usbekistan „Über Maßnahmen zur grundlegenden Vervollkommnung der Organisation und zur Effizienzverbesserung des Justizsystems der Republik Usbekistan“ vom 21.2.2017, Nr. PF-4966, URL: <https://lex.uz/docs/3121087>.

¹⁰ Gesetzbuch der Republik Usbekistans über die Verwaltungsrechtspflege vom 26.1.2018 (in Kraft seit 1.4.2018, zuletzt geändert am 11.3.2020), <https://lex.uz/docs/3527365>, Siehe auch Beschluss Nr.17 des Plenums des Obersten Gerichts der Republik Usbekistan vom 19.5.2018, URL: <http://www.lex.uz/ru/docs/3761216>.

¹¹ Da Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess in funktionaler Hinsicht vielfach verwoben sind, wird die Hypothese aufgestellt, dass auch Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht auf normativer Ebene verknüpft sein müssen. In der Literatur besteht Einigkeit insoweit, als allgemein anerkannt wird, dass zwischen Verwaltungsverfahren und verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz ein Zusammenhang besteht. Es wird sowohl auf Parallelen und Berührungspunkte, auf Zusammenhänge und Wechselbeziehungen als auch auf weitgehende und grundlegende Unterschiede zwischen Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozessrecht hingewiesen. Siehe: *Heike Jochum*, *Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozessrecht: Die normative Konvexität von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht und die Steuerungsleistung des materiellen Verwaltungsrechts*, 2004. (Vor diesem Hintergrund widmet sich *Jochum* der Frage nach dem normativen Verhältnis von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht. Dabei werden rechtsdogmatische Verbindungslinien und Zusammenhänge zwischen verwaltungsrechtlichen, verwaltungsverfahrensrechtlichen und verwaltungsprozessrechtlichen Rechtsinstituten und Regelungskomplexen aufgedeckt, deren man sich vorher nicht bewusst war); auch *Karl August Bettermann*, *Verwaltungsakt und Richterspruch*, in: *Gedächtnisschrift für Walter Jellinek*, München 1955, S. 361 ff.

2. *Zuständigkeit von Verwaltungsgerichtsbarkeit*

Das Verfahren der Verwaltungsgerichte in Rechtsstreitigkeiten, die aus verwaltungsrechtlichen Beziehungen resultieren, wird durch das „Gesetzbuch über die Verwaltungsrechtspflege“ geregelt. Das Verwaltungsgericht ist zuständig für öffentlich-rechtlicher Streitigkeiten betreffend Rechte von Bürgern und juristischen Personen mit Ausnahme solcher Streitigkeiten, die in die Zuständigkeit des Verfassungsgerichts, der Zivilgerichte, Wirtschaftsgerichte und Militärgerichte fallen (Art. 26 „Gesetzbuch über die Verwaltungsrechtspflege“).¹²

Nach Art. 27 des „Gesetzbuch über die Verwaltungsrechtspflege“ sind die Verwaltungsgerichte im Wesentlichen zuständig für folgende Verwaltungsstreitigkeiten:

- Anfechtung normativer Rechtsakte« (Rechtsverordnungen) von Behörden;
- Anfechtung von Verwaltungsakten;
- Anfechtung von Entscheidungen einer Wahlkommission;
- Anfechtung von Entscheidungen eines Notars oder eines Standesamts.

Für Klagen, mit denen sowohl verwaltungsrechtliche als auch zivilrechtliche Begehren verfolgt werden, sind nach Art. 26 des „Gesetzbuchs über die Verwaltungsrechtspflege“ die Zivilgerichte zuständig.

III. *Relevante Probleme der Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit*

1. *Verwaltungsgerichtsbarkeit als ein wissenschaftliches Problem*

1. *Diskussion um die Verwaltungsgerichtsbarkeit*

Ein Blick auf die Rechts- und Verwaltungswissenschaft in Zentralasien offenbart ein gewisses Widerstreben, sich mit neuen Ansätzen überhaupt zu befassen¹³. Neuerem usbekischem Schrifttum zu rechtsdogmatischen Fragen des Verwaltungsrechtsschutzes in Usbekistan mangelt es an Tiefe und Substanz¹⁴.

¹² Man muss aber anmerken, dass vom Verwaltungsgericht Anträge bzw. Beschwerden, nicht Klagen geprüft werden. Damit folgt der Gesetzgeber der oben erwähnten Tradition des sowjetischen Beschwerderechts, wonach Vorschläge (*takliflar*), Anträge (*arizalar*) und Beschwerden (*shikoyatlar*) als Formen von Bürgerappellen (*fuqarolarning murojaatlari*) gelten, wobei die Beschwerden schrittweise auch in die Prüfungskompetenz der Gerichte übertragen wurden. Hier hat der Gesetzgeber die Chance verpasst, den Bürger aus der Position eines Antrags- oder Bittstellers (*arizachi/shikoyatchi*) in die eines Klägers (*da'vogar*), der dem Verwaltungsorgan im Gerichtsverfahren gleichberechtigt gegenübertritt, zu erheben. Zu dieser Problematik siehe auch: Hanisch, Stefan, Der gerichtliche Rechtsschutz gegen Verwaltungshandeln in der Russischen Föderation: Allgemeine Darstellung von Theorie und Rechtslage unter Einbeziehung aktueller Gerichtsentscheidungen (Langfassung des Seminarreferats vom 8.2.1996 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, unveröffentlicht), S. 12–13.

¹³ Jörg Pudelka/Jens Deppe, Allgemeines Verwaltungsrecht in Zentralasien in der Entwicklung, Ost/Mag, S.3., abrufbar unter: (zuletzt abgerufen am 28.7.2018). URL: https://www.ostinstitut.de/documents/publikationen/Pudelka_Deppe_Allgemeines_Verwaltungs-recht_in_Zentralasien_in_der_Entwicklung_OL_2_2017.pdf. S. 3.

¹⁴ In letzten Jahren wurden nur einige wenige Artikel veröffentlicht, deren Autoren die rechtlichen Besonderheiten dieses Rechtsinstituts und seine Entwicklungsperspektiven in Usbekistan zu erforschen suchten. Siehe zum Beispiel: L.B. Chvan, Administrativnaja justicija i strany Central'noj Azii: Quo Vadis [Verwaltungsjustiz und zentralasiatische Länder: Quo Vadis], in: Ežegodnik publičnogo prava 2014, Administrativnoe pravo: sravnitel'no-pravovye podchody, Moskva (Infotropic Media), S. 201–221; Š.N. Nematov, Administrativnaja justicija v Respublike

Die bisherigen Forschungen in *Usbekistan* folgten in der Regel der *sowjetischen* und *russischen* Verwaltungsrechtslehre¹⁵.

Uzbekistan, v Rossijskoj Federacii i Japonii: Sravnitel'no-pravovoj analiz [Verwaltungsjustiz in der Republik Usbekistan, der Russischen Föderation und Japan: Eine rechtsvergleichende Analyse], in: Konstitucija Rossijskoj Federacii i ee vlijanie na praktiku gosudarstvennogo stroitel'stva i razvitie pravovoj sistemy strany, Materialien einer internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Voronež 2014, S. 189–201; *L.B. Chvan*, Pravovye novacii v administrativnom pravosudii stran Evropejskogo Sojuza: vosmožnosti primeneniya v stranach Central'noj Azii [Die rechtliche Neuerungen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder der Europäischen Union: Anwendungsmöglichkeiten in den zentralasiatischen Ländern], in: Ežegodnik publičnogo prava 2015, Administrativnyj process, Moskva (Infotropic Media), S. 95–113; *Akbar Musaev*, Zakonodatel'stvo ob administrativnom sudoproizvodstve v Respublike Uzbekistan [Gesetzgebung über die Verwaltungsrechtspflege in der Republik Usbekistan], in: Ežegodnik publičnogo prava 2015, Administrativnyj process, Moskva (Infotropic Media), S. 172–179; *Azamat Egamberdiev*, Administrativnaja justicija kak neot'emlemyj element demokratičeskogo pravovogo gosudarstva [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit als ein inhärenter Bestandteil des demokratischen Rechtsstaates], in: Voprosy dal'nejšego soveršenstvovanija pravovyh osnov organizacii pravoochranitel'noj dejatel'nosti v Respublike Uzbekistan, Materialy naučno-praktičeskoj konferencii [Fragen der Vervollkommnung der Rechtsgrundlagen der Rechtsschutztätigkeit in der Republik Usbekistan, Materialien einer wissenschaftlich-praktischen Konferenz], Taškent 2016, S. 85–96; *Azamat Egamberdiev*, Aktuelle Fragen der Verkehrsinfrastruktur in der Republik Usbekistan. In: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis (UPR), Sonderheft 2017 (401–474), 37. Jahrgang, S. 440–444; *Azamat Egamberdiev*, Gerichtliche Verwaltungskontrolle in der Republik Usbekistan. Theorie und Rechtsgrundlagen. Verwaltungsarchiv, November 2019 Heft 4, (419–552), 110. Jahrgang, S. 475–505.

¹⁵ Rechtswissenschaftler untersuchten das Problem der Verwaltungsjustiz auch im zaristischen Russland, desgleichen in der Sowjetzeit und in der Russischen Föderation ab 1991 bis zur Gegenwart. Siehe beispielsweise *G.E. Petuchov*, Administrativnaja justicija v carskoj Rossii [Verwaltungsjustiz im zaristischen Russland], Pravovedenie 1974, Nr. 5, S. 72–80; *A. Korf*, Administrativnaja justicija v Rossii [Verwaltungsjustiz in Russland], Bd. 1 und 2, Sankt Peterburg 1910; *M.D. Zagrjackov*, Administrativnaja justicija i pravo žaloby v teorii i zakonodatel'stve [Die Verwaltungsjustiz und das Beschwerderecht in Theorie und Gesetzgebung], Moskva 1925; *V. Bojcova*, Nužna li nam administrativnaja justicija? [Brauchen wir eine Verwaltungsjustiz?], Sovetskaja Justicija 1993, Nr. 7, S. 12f; *V.V. Bojcova / V.Ja. Bojcov*, Administrativnaja justicija: K prodolženiju diskussii o soderžanii i značenii [Verwaltungsjustiz: Zur Fortsetzung der Diskussion über Inhalt und Bedeutung], GiP 1994, Nr. 5, S. 42–53; *N.G. Sališčeva*, O nekotorych sposobach zaščity i ochrany prav, svobod i zakonnyh interesov graždan v sfere dejatel'nosti ispolnitel'noj vlasti v Rossijskoj Federacii [Über einige Arten der Verteidigung und des Schutzes der Rechte, Freiheiten und rechtmäßigen Interessen der Bürger im Bereich der Tätigkeit der vollziehenden Gewalt in der Russischen Föderation], in: Konstitucija Rossijskoj Federacii i soveršenstvovanie mekhanizmov zaščity prav čeloveka [Die Verfassung der Russischen Föderation und die Vervollkommnung der Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte], Moskva 1994, S. 78–93; *V.V. Skitovič*, Pravosudie po delam, vznikajuščim iz administrativno-pravovyh otnošenij: Istoričeskij opyt i perspektivy [Rechtsprechung in Streitigkeiten, die aus verwaltungsrechtlichen Rechtsbeziehungen resultieren: Historische Erfahrungen und Perspektiven], GiP 1995, Nr. 8, S. 22–29; *Ju.N. Starilov*, Činovniki Rossii na puti k profesionalizmu [Die Beamten Russlands auf dem Weg zu Professionalität], Rossijskaja Justicija 1995, Nr. 9, S. 40–42; *M.S. Studenikina*, Administrativnaja justicija nuždaetsja v četkom pravovom regulirovanii [Die Verwaltungsjustiz bedarf der genauen rechtlichen Regelung], Žurnal rossijskogo prava, 1997, Nr. 6, S. 11–20; *Timošenko, J.G.*, Administrativnaja justicija v Velikobritanii [Verwaltungsjustiz in Großbritannien], aaO., Nr. 5, S. 128–136; *V.I. Lafitskij*, Administrativnaja justicija v SŠA [Verwaltungsjustiz in den USA], aaO., Nr. 7, S. 117–125; *T.A. Kostareva*, O sudebnoj sisteme FRG [Über das Gerichtssystem der Bundesrepublik Deutschland], aaO., Nr. 8, S. 128–138.

In der Sowjetunion waren Verwaltungsstreitigkeiten lange Zeit nicht justiziabel, und bis zum Ende der Sowjetunion wurde keine allgemeine Rechtswegeröffnung in verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten (Generalklausel) geschaffen. Ebenso gab es kein eigenständiges Verwaltungsprozessrecht. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten wurden – wie in den meisten anderen sozialistischen Ländern auch – innerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit nach den jeweiligen Zivilprozessgesetzen behandelt, die teilweise Sonderregelungen für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten vorsahen¹⁶.

In der *russischen* Literatur der 1990er Jahre wurden Chancen für die Schaffung einer speziellen Verwaltungsgerichtsbarkeit zwar nicht ausgeschlossen, aber eher negativ beurteilt¹⁷. Dies wurde hauptsächlich damit begründet, dass die Bürger an die bevölkerungsnahen ordentlichen Gerichte gewöhnt seien. Die Prüfung von Bürgerbeschwerden durch die Volksgerichte (jetzt Amtsgerichte) habe sich zu einer Tradition verfestigt¹⁸. Außerdem stelle das Zivilprozessverfahren in seiner Universalität eine durchaus annehmbare Prozedur auch für die Prüfung verwaltungsrechtlicher Fälle dar¹⁹. Dabei wurde jedoch nicht ausgeschlossen, dass die Schaffung spezieller Spruchkörper sich nicht nur in Russland sondern auch in anderen postsowjetischen Ländern als notwendig erweisen könnte.

Für die Republik Usbekistan ist eine eigene wissenschaftlich begründete Konzeption des Aufbaus und der Ausübung einer nationalen Verwaltungsgerichtsbarkeit derzeit sehr wichtig. In der Literatur wird die Meinung vertreten, dass angesichts der in den postsowjetischen Ländern bestehenden Voraussetzungen der *deutsche Typ* der Verwaltungsjustiz der passendste sei.²⁰ Im *deutschsprachigen* Schrifttum wird Verwaltungsgerichtsbarkeit verstanden als über die Verwaltung ausgeübte Gerichtsbarkeit, historisch entstanden als Instrument zur Sicherung des Rechtsstaates, d.h. zur Gewährleistung der Normengebundenheit staatlicher Tätigkeit und der Freiheitsrechte des Einzelnen²¹. Dieser Entstehungszusammenhang legt es nahe, die

¹⁶ Vgl. auch *Starilov* (Fußn. 15).

¹⁷ *Bojcova* (Fußn. 15), S. 13; *Bojcova*, / *Bojcov* (Fußn. 15), S. 51–53, insbes. S. 53; *Skitovič* (Fußn. 15), S. 27–29; *Starilov*, *Činovniki Rossii na puti k profesionalizmu* (Fußn. 15), S. 42.

¹⁸ *Bojcova* / *Bojcov* (Fußn. 15), S. 45

¹⁹ *N.Ju. Chamaneva*, *Obžalovanie v sud dejstvij i rešenij, narušajuščich prava i svobody graždan Rossii* [Die Beschwerdeführung vor Gericht gegen Handlungen und Entscheidungen, die die Rechte und Freiheiten der Bürger Russlands verletzen], *GiP* 1993, Nr. 11, S. 10. So auch wiedergegeben von *Skitovič*, (Fußn. 15), S. 27 f.

²⁰ Siehe zum Beispiel *O.N. Vedernikova*, *Administrativnaja justicija (opyt zarubežnych stran)* [Verwaltungsjustiz (Die Erfahrungen des Auslands)], in: *Sudebnaja reforma – itogi, priority, perspektivy, Materialy konferencii, Serija « Naučnye doklady »* [Gerichtsreform – Ergebnisse, Prioritäten und Perspektiven, Konferenzmaterialien, Reihe « Wissenschaftliche Vorträge »], Nr. 47, Moskva 1997, S. 60.; *Ju. N. Starilov*, *Verwaltungsjustiz in Russland, Probleme der Modernen Theorie und Entwicklungsperspektiven*, *Osteuropa Recht* 1998, 3./4. Oktober S. 217–252; Jörg Pudelka (Hrsg.), *Verwaltungsprozesskodex: Konzeption, Modellgesetz und Kommentierung*, Berlin (BWV) 2014.

²¹ *Klaus-Jürgen Kuss*, *Gerichtliche Verwaltungskontrolle in Osteuropa*, Berlin 1990, S. 172 ff., 195 ff.; Siehe auch *Helge Sodan/ Jan Ziekow*, *Grundkurs Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht*, 8. Aufl. 2018, S. 737, Rndr. 3.

Herausbildung eines durch die genannten Komponenten geprägten Gemeinwesens unter staats-theoretischen und staats-historischen Aspekten zurückzuverfolgen²².

Ausgehend von einer vorläufigen Analyse der vorherrschenden doktrinen Ansätze deutscher Rechtswissenschaftler und der Rechtspraxis in *Deutschland* sowie der Verwandtschaft der *Rechtssysteme Deutschlands und Usbekistans* (römisch-germanischer Rechtskreis) sind die deutschen Erfahrungen in diesem Bereich besonders relevant. Deutschland hat eine verwurzelte demokratische Tradition sodass grundlegende rechtsstaatliche Verfassungsprinzipien dort Rechtswirklichkeit sind. Eine Berücksichtigung der deutschen Erfahrungen in diesem Bereich könnte die rechtswissenschaftliche Diskussion in Usbekistan bereichern und hier wichtige Impulse für weitere Gesetzgebungsvorhaben geben²³.

2. Grundlegende Rechtsbegriffe

Eines der relevanten Probleme bei der Entwicklung des usbekischen Verwaltungsprozessrechts ist das gegenwärtige Fehlen eines einheitlichen Ansatzes zur Definition der Begriffe in diesem Rechtsbereich. Insbesondere gibt es bislang keine allgemein anerkannten Definitionen der Begriffe „Verwaltungsprozess“ (*ma'muriy proses*), „Verwaltungsprozessrecht“ (*ma'muriy-prosessual huquq*), „Verwaltungsrechtspflege“ (*ma'muriy sud ishlarni yuritish*) und „Verwaltungsakt“ (*ma'muriy hujjat*).²⁴ Diese Begriffe sind in der Gesetzgebung²⁵ und in der Rechtswissenschaft nach wie vor in vielem unklar. In der Verfassung findet sich insoweit lediglich der Begriff „Verwaltungsrechtspflege“ (*ma'muriy sud ishlarni yuritish*)²⁶.

3. Tragende Prinzipien eines rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechenden Verwaltungsprozesses

In der usbekischen Rechtswissenschaft wurden allgemeine Grundsätze eines rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechenden Verwaltungsprozesses noch nicht formuliert. Dies mag ein Grund dafür sein, dass im „Gesetzbuch

²² Klaus-Jürgen Kuss, Gerichtliche Verwaltungskontrolle in Osteuropa, Berlin 1990, S. 172 ff., 195 ff.; Siehe auch Helge Sodan/ Jan Ziekow, Grundkurs Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht, 8. Aufl. 2018, S. 737, Rndr. 3.

²³ Nach der Konzeption zur Einführung eines Verwaltungsprozesskodex, die durch eine von der GIZ geleitete Arbeitsgruppe erarbeitet wurde, sollten die Verwaltungsgerichte grundsätzlich in allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zuständig sein. Dies setzt voraus, dass der geltend gemachte Anspruch auf Öffentliches Recht gestützt wird. Die Organisation der Gerichte und die Besetzung der Spruchkörper stehen im Spannungsverhältnis zwischen der Unabhängigkeit der Richter, einer optimalen Ausstattung für eine bestmögliche Rechtsprechung und der wirtschaftlichen Belastung des Staatshaushalts durch die Ausgaben für die Justiz. Die Vorteile eigenständiger Verwaltungsgerichte liegen in einer starken Spezialisierung der Richter. Dies wirkt sich positiv auf die Bearbeitungszeit und die Sachkunde aus. Siehe *Pudelka* (Fußn. 20), S. 12.

²⁴ Gleiche Probleme gibt es auch in anderen zentralasiatischen Länder und Russland. Siehe beispielsweise *Pudelka/Deppe* (Fußn. 13), S. 19; *Starilov* (Fußn. 20).

²⁵ Im Gesetzbuch der Republik Usbekistan über die Verwaltungsrechtspflege wurde deshalb die Figur des Verwaltungsaktes nicht berücksichtigt, obwohl er meistens der Gegenstand des Verwaltungsprozesses ist.

²⁶ Vgl. Art. 110 Abs. 1 Verfassung der Republik Usbekistan: «mamuriy sud ishlarni yuritish».

der Republik Usbekistan über die Verwaltungsrechtspflege“ die Prinzipien der Zivilprozessordnung²⁷, insbesondere der einem rechtsstaatlichen Verwaltungsprozess fremde *Beibringungsgrundsatz* Eingang gefunden haben.²⁸ Kennzeichnend für einen modernen rechtsstaatlichen Verwaltungsgerichtsprozess dürfte jedoch der *Amtsermittlungsgrundsatz* sein. Dieser besagt, dass das Verwaltungsgericht anders als das Zivilgericht nicht an den Sachvortrag der Parteien gebunden ist, sondern den Sachverhalt von Amts wegen aufklären muss. Der Amtsermittlungsgrundsatz soll gewährleisten, dass das Verwaltungsgericht bei seiner Entscheidung von einem zutreffenden Sachverhalt ausgeht und dient damit einer effektiveren Kontrolle der Exekutive als der zivilprozessuale Beibringungsgrundsatz²⁹.

Die genaue methodisch-dogmatische Herleitung der allgemeinen Prinzipien des Verwaltungsrechts sowie des damit verbundenen Verwaltungsprozessrechts ist von grundlegender Bedeutung³⁰. Aktuelle Aufgabe der usbekischen Rechtswissenschaft ist es, die Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verwaltungsgerichtsprozesses herauszuarbeiten und auszuformulieren. Je schneller dies gelingt, desto eher sind entsprechender Gesetzesänderungen zu erwarten³¹.

4. Verwaltungsgerichtsbarkeit als wichtige Einrichtung im öffentlichen Interesse

Die Gewährleistung einer effektiven gerichtlichen Kontrolle der Verwaltungstätigkeit liegt sowohl im privaten Interesse des Bürgers als auch im öffentlichen Interesse an einer rechtsstaatlichen Verwaltung. In Usbekistan beruhen die rechtstheoretischen Darstellungen zum öffentlichen Interesse immer noch auf aus sozialistischer Zeit stammendem *Formalismus* und *Positivismus*, wobei zwischen privatem und öffentlichem Recht nicht klar getrennt wird. Die marxistisch-leninistische Ideologie aus der Sowjetzeit wirkt noch fort und verhindert die Entstehung eines rechtsstaatlichen Verständnisses in Bezug auf das öffentliche Interesse an einer effektiveren gerichtlichen Kontrolle der Verwaltung.

In der usbekischen Rechtswissenschaft (und ebenso in der anderer postsowjetischer Länder)³² werden Begriffe wie *öffentliches*, *staatliches* und *gesellschaftliches* Interesse oder *Interesse eines unbestimmten Personenkreises* sehr unterschiedlich

²⁷ Außer dem sog. Prinzip « Aufklärung des gültigen Sachverhalts sowie der Rechte und Pflichten der Parteidurch das Gericht», den im Art. 15 ZPO verankert wurde. Siehe die Zivilprozessordnung der Republik Usbekistan vom 22.1.2018 (zuletzt geändert am 12.10.2018), URL: <http://lex.uz/docs/3517334>.

²⁸ Vgl. Art. 7-16 ZPO und Art. 8-16 des Gesetzbuches über die Verwaltungsrechtspflege.

²⁹ Siehe zum Beispiel: *Sodan/ Ziekow* (Fußn. 13), Rndr. 15.

³⁰ Näher dazu *Karl-Peter Sommermann*, Prinzipien des Verwaltungsrechts, in: Bogdandy / Cassese/Huber (Hrsg.), Verwaltungsrecht in Europa: Grundzüge, 2014, S. 864 f., 871 ff.

³¹ Vgl. *Pudelka/Deppe* (Fußn. 13), S. 24.

³² So wurden in der russischen Rechtswissenschaft die Grundlagen für die Erforschung der Kategorie des „öffentlichen Interesses“ in den 1990er Jahren gelegt, bis im Jahr 2003 der Begriff Eingang in die Zivilprozessordnung fand. Siehe beispielweise *Ju. A. Tichomirov*, *Publičnoe pravo* [Öffentliches Recht], Moskva 1995. *Tichomirov* definiert das öffentliche Interesse als « ein vom Staat anerkanntes und durch das Recht gewährleistete Interesse der sozialen Gemeinschaft, dessen Befriedigung als Garantie für ihre Existenz und Entwicklung dient.

gedeutet und bleiben dadurch unklar. Die usbekische Rechtstheorie und das Prozessrecht kennen den Begriff des *Schutzes des öffentlichen Interesses* nicht, dort ist lediglich von einem *staatlichen* bzw. *gesellschaftlichen* Interesse die Rede. Die Staatsanwaltschaft und eine Reihe weiterer Staatsorgane (u.a. das Justizministerium und die Ombudsbehörde) spielen als Vertreter des *staatlichen und gesellschaftlichen Interesses* im Verwaltungsprozess eine bedeutende Rolle³³.

2. Rechtspolitische Voraussetzungen für die Akzeptanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit

1) Das Wesen der Verwaltungsreform als Systemscheidung

Die Implementierung rechtsstaatlicher Prinzipien in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie die Befähigung der Justiz, entsprechende Normen anzuwenden, sind wichtige Ziele der Reformprozesse in Usbekistan. Das Regierungshandeln hat an Transparenz gewonnen. Im Land laufen zurzeit intensive Prozesse zur Schaffung eines neuen, effektiver funktionierenden Systems der Staatsverwaltung. Zudem werden neue Rechtsgrundlagen für den Staatsdienst ausgearbeitet³⁴.

Die in den letzten Jahren durchgeführten Maßnahmen lassen jedoch Probleme und Mängel erkennen. Dies betrifft in erster Linie:

- den rein deklaratorischen Charakter der Aufgaben einiger Ressorts bzw. die unzureichenden organisationsrechtlichen Voraussetzungen für die Aufgabenerfüllung;
- ein ineffektives System der Leistungsbeurteilung, die lediglich auf die Feststellung von Tatsachen und das Sammeln von Statistiken hinausläuft und häufig den tatsächlichen Stand der Dinge vor Ort nicht wiedergibt;
- die übermäßige Zentralisierung staatlicher Funktionen, die die sog. Örtlichen Organe der Staatsmacht (staatliche Verwaltung in den Gebietskörperschaften) bei der Gestaltung von territorialen Entwicklungsprogrammen und bei der Bewältigung dringender Probleme der Bevölkerung behindert;
- ein niedriges Niveau der innovativen Entwicklung, das zu Bürokratisierung und hohem Aufwand führt;
- die Kombinierung von staatlichen regulativen und wirtschaftlichen Funktionen durch Organe der Wirtschaftsverwaltung, wobei die Praxis der Bereitstellung von Vergünstigungen und Präferenzen zu einer Behinderung des Wettbewerbs führt;
- sowie pflichtwidriges Handeln und Initiativlosigkeit von Führungskräften³⁵.

³³ Betreffs der Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft siehe nur Art. 46 Gesetzbuch der Republik Usbekistan über die Verwaltungsrechtspflege. Die deutschen Experten gehen davon aus, dass die Staatsanwaltschaft derzeit nicht ausgeschlossen werden kann, sondern sie so einzubinden sei, dass der verwaltungsrechtliche Individualrechtsschutz gestärkt und stellenweise erweitert wird, andererseits allerdings eine allgemeine Rechtmäßigkeitsaufsicht abgelehnt wird. Allerdings wird in der Konzeption zur Einführung eines Verwaltungsprozesskodexes eine allgemeine Rechtmäßigkeitsaufsicht abgelehnt. Siehe *Pudelka/Deppe* (Fußn. 13), S. 24. und auch *Pudelka* (Fußn. 20).

³⁴ Vgl. Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Maßnahmen zur grundlegenden Vervollkommenheit der Kaderpolitik und des staatlichen bürgerlichen Dienstsystems in der Republik Usbekistan“ vom 3.12.2019, Nr. PF-5843, URL: <http://www.lex.uz/docs/4549993>.

³⁵ Siehe Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Bestätigung der Konzeption der Verwaltungsreform in der Republik Usbekistan“ vom 8.9.2017, Nr. PF-5185, URL: <https://lex.uz/docs/3331174>.

Zur Bekämpfung dieser Probleme und Mängel hat der Staatspräsident im September 2017 eine „Konzeption der Verwaltungsreform in der Republik Usbekistan“ entwickelt und durch einen Erlass bekräftigt.³⁶ Die Umsetzung dieser Konzeption soll der Modernisierung des Systems der Staatsverwaltung unter Berücksichtigung internationaler Standards einen neuen Impuls verleihen³⁷. Gemäß der Konzeption steht die Umsetzung dieser Verwaltungsreform unter dem Motto: *„Nicht das Volk soll der Staatsverwaltung dienen, sondern die Staatsverwaltung soll dem Volke dienen“*³⁸.

In der Konzeption werden sechs Schwerpunktbereiche der angestrebten Verwaltungsreform definiert:

1. Verbesserung der institutionellen und organisationsrechtlichen Grundlagen der Tätigkeit der Verwaltung.
2. Konkretisierung von Aufgaben (Funktionen, Befugnissen), Mechanismen ihrer Erfüllung und der Zuständigkeitsbereiche der Verwaltung, Verbesserung der Prozesse der Koordinierung und Kooperation.
3. Abbau der Einflussnahme der Verwaltung auf einzelne Wirtschaftsbranchen und Ausbau der marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen.
4. Verbesserung der Mechanismen des vertikalen Steuerungssystems und der Kooperation der Staatsverwaltung.
5. Einführung moderner Formen der strategischen Planung sowie innovativer Ideen, Entwicklungen und Technologien im System der Staatsverwaltung.
6. Gestaltung eines effektiven Systems des professionellen öffentlichen Dienstes, Einführung wirksamer Mechanismen der Korruptionsbekämpfung im System der Staatsverwaltung³⁹.

Diese Konzeption zeigt, dass die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in Organisation und Aufbau der öffentlichen Verwaltung erkannt worden ist. Die schwierigste und delikateste Aufgabe der begonnenen Reformen besteht allerdings darin, die Beschaffenheit und die Methoden der Verwaltung so zu verändern, dass sie den allgemein anerkannten demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen.

2) Rolle des Rechts bei der rechtsstaatlichen Modernisierung des Landes

Usbekistan absolviert einen Transformationsprozess, dessen Ziel es sein muss, nationale Traditionen mit der rechtsstaatlichen Modernisierung des Staats in Einklang zu bringen. Mit den Transformationsprozessen in der nationalen Rechtswissenschaft (wie übrigens in den meisten postsowjetischen Ländern) geht zugleich ein Prozess der

³⁶ Siehe Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Bestätigung der Konzeption der Verwaltungsreform in der Republik Usbekistan“ vom 8.9.2017, Nr. PF-5185, URL: <https://lex.uz/docs/3331174..>

³⁷ Ebenda.

³⁸ Siehe Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Bestätigung der Konzeption der Verwaltungsreform in der Republik Usbekistan“ vom 8.9.2017, Nr. PF-5185.

³⁹ Siehe Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Bestätigung der Konzeption der Verwaltungsreform in der Republik Usbekistan“ vom 8.9.2017, Nr. PF-5185.

Umdeutung von Staat und Recht sowie ihrer Wechselwirkung einher, insbesondere auch zwischen *privatem* und *öffentlichem Recht* sowie der Wirkung der *Verfassung* und ihrer Grundsätze.

Die Erfüllung der Verfassungsaufgabe, einen *humanen und demokratischen Rechtsstaat* zu schaffen⁴⁰, erfordert neben dem politischen Willen die tatkräftige Durchführung vielfältiger Reformen und dabei insbesondere eine Abkehr vom „Kommandostaat“. Dies bedeutet zunächst, dass sich die theoretischen Vorstellungen in Bezug auf das Verhältnis von staatlicher *Gewalt* und *Recht ändern* müssen. Deshalb ist es notwendig, das in Usbekistan derzeit noch vorherrschende allgemeine Rechtsverständnis zu verändern. In der usbekischen Fachliteratur und in der Praxis ist es immer noch verbreitet, das Recht auf den Gesetzeswortlaut zu reduzieren.

Die Probleme der Transformation eines „Kommandostaats“ in einen Rechtsstaat sind sehr komplex. Dieser schwierige Prozess muss so organisiert werden, dass Rechtsstaatlichkeit nicht als nur allgemeine, inhaltsleere Losung wahrgenommen wird. Es kommt nicht allein auf formale Reformschritte (neue Gesetze, neue Institutionen) an, sondern auf echte Veränderungen, Innovationen, substantielle Reformen und einen Bewusstseinswandel unter den professionellen Rechtsanwendern wie auch in der Bevölkerung⁴¹.

Für die Schaffung eines neuen, an Demokratie und Rechtsstaat orientierten Rechtsbewusstseins ist eine entsprechende Ausbildung und Qualifizierung der Beamten und Juristen, insbesondere der Richterschaft, von höchster Dringlichkeit. Aufgrund des immer noch fortwirkenden Einflusses des *sozialistischen Rechtsbewusstseins* haben die genannten Akteure und die Bürger keine klaren Vorstellungen vom Wesen und von den Besonderheiten des Verwaltungsrechtsschutzes⁴².

⁴⁰ In der Präambel der Verfassung der Republik Usbekistan ist verankert, dass « *das Volk Usbekistans.... vor die Aufgabe gestellt, einen humanen und demokratischen Rechtsstaat zu schaffen*». Die Verfassung enthält dabei keine Definition des Rechtsstaatsbegriffes.

⁴¹ Siehe *Pudelka/Deppe* (Fußn. 13), S. 6.

⁴² So wurden Anfang 2017 in allen Regionen des Landes (in der Republik Karakalpakstan, in Taschkent und allen Gebieten, Landkreisen und Stadtbezirken, insgesamt in 207 Siedlungen) sog. Empfangszimmer des Volkes sowie bei der Administration des Präsidenten und dem Ministerkabinett sog. Virtuellen Empfangszimmer des Präsidenten bzw. Ministerpräsidenten, die als Art E-Government gelten, eingerichtet. An diesen Empfangszimmern können sich alle Bürger mit ihren Beschwerden gegen Handlungen bzw. Entscheidungen aller Staatsorgane, insbesondere Organe der Exekutive, mit Anfragen oder Problemen wenden. Nach offiziellen Angaben wurden im Jahr 2017 von insgesamt 1 454 000 Gesuchen von Bürgern 1 395 000 positiv beschieden. Somit trägt dieses System der Prüfung der Appelle von Bürgern, die mit der Verletzung ihrer Rechte und berechtigten Interessen konfrontiert sind, dazu bei, dass die Bürger in den meisten Fällen nicht vor Gericht gehen, sondern sich direkt an die ersten Personen des Staates wenden. Damit wird jedoch die Illusion erzeugt, die Autorität der höchsten Gewalt, vor allem des Staatsoberhauptes, werde sowohl in der Bevölkerung als auch im gesamten Verwaltungssystem gestärkt. Tatsächlich besteht jedoch die Gefahr, dass sich die Justiz- und Rechtsschutzorgane in einem solchen Rechtsschutzsystem leicht daran gewöhnen, im Regime manueller Steuerung (d.h. entsprechend dem « Befehl von oben») zu arbeiten. Zu der Tätigkeit der Empfangszimmer des Volkes siehe nur: « *Kak rabotali narodnye prie'mnye*» [Wie haben Empfangszimmer des Volkes gearbeitet], <http://www.darakchi.uz/ru/41648>. (zuletzt abgerufen am 28.12.2019).

Der Rechtsstaat braucht rechtspolitisch sensibilisierte Juristen und eine entsprechende Rechtswissenschaft. Jedoch sind in Usbekistan bisher sowohl Forschung als auch geeignete Lehrbücher, die sich mit einem rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechenden Staats- und Verwaltungsrecht auseinandersetzen, kaum vorhanden⁴³.

Die usbekischen juristischen Fakultäten bereiten ihre Studierenden unzureichend auf die Berücksichtigung rechtsstaatlicher Standards (insbesondere der Grundrechte) vor. Häufig fehlende Theoriekenntnisse der Dozenten in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit tragen dazu bei, dass die Kluft zwischen dem normativen Geltungsanspruch des Rechts und der Rechtswirklichkeit weiter zunimmt und damit negativ auf das Rechtsbewusstsein der Juristen einwirkt. Im Endeffekt werden so Schwierigkeiten erzeugt, rechtsstaatliche Grundsätze richtig zu verstehen und erfolgreich zu implementieren. Diese Faktoren wirken sich nachteilig auf die Juristenausbildung aus und behindern eine nachhaltige Entwicklung des Rechts in Usbekistan.

V. Schlussbemerkungen

Das Institut der gerichtlichen Verwaltungskontrolle ist in Usbekistan relativ neu und bisher nur unbefriedigend ausformuliert. Die Verfassung der Republik Usbekistan garantiert das allgemeine Recht auf Beschwerde bei Gericht. In dem das Gerichtssystem Usbekistans um eine spezielle Verwaltungsgerichtsbarkeit ergänzt und das „Gesetzbuch über die Verwaltungsrechtspflege“ sowie das „Gesetz über administrative Prozeduren“ verabschiedet wurden, sucht das Land ersichtlich einen Anschluss an den Entwicklungsstand des Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrechts kontinentaleuropäischer Staaten.

Die usbekische Verwaltungsrechtswissenschaft und die Gesetzgebung weisen allerdings Mängel und Regelungslücken auf. Die Hauptbegriffe in diesem Rechtsbereich sind in vielem unklar. Allgemeine Grundsätze eines rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechenden Verwaltungsprozesses wurden bisher nicht entwickelt. Je schneller diese Begriffe und Grundsätze herausgearbeitet und ausformuliert werden, desto eher sind entsprechender Gesetzesänderungen zu erwarten.

Eine Berücksichtigung der deutschen Erfahrungen auf diesem Gebiet dürfte hier hilfreich sein. Ein erster Schritt zur Behebung der aufgezeigten Mängel sollte die wissenschaftliche Entwicklung eines Konzepts für den Aufbau und die Funktionsweise der usbekischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sein. Dabei könnte die Intensivierung des Austausches mit deutschen Rechtswissenschaftlern und Rechtspraktikern eine wichtige Rolle spielen.

Zum Vergleich: während der ersten neun Monate des Jahres 2018 wurden von natürlichen und juristischen Personen 16 563 Klagen, die aus öffentlich-rechtlichen Beziehungen resultieren, bei den Verwaltungsgerichten erhoben. Siehe statistischen Daten des Obersten Gerichts der Republik Usbekistan, <https://www.oliysud.uz/uploads/2018/11/2018-9-month-administrative-courts-stat-uzb.pdf>. (zuletzt abgerufen am 28.12.2019).

⁴³ Vgl. Pudelka/Deppe (Fußn. 13), S. 32.

Bibliografie:

1. Bettermann, Karl August (1955). Verwaltungsakt und Richterspruch, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek, München, 361 pp.
2. Бойцова В. Нужна ли нам административная юстиция? *Советская юстиция*. 1993. № 7. С. 12–13.
3. Бойцова В.В. Административная юстиция: к продолжению дискуссии о содержании и значении. *ГуП (Государство и право)*. 1994. № 5. С. 42–53.
4. Хаманева Н.Ю. Обжалование в суд действий и решений, нарушающих права и свободы граждан России. *ГуП (Государство и право)*. 1993. № 11. С. 3–12.
5. Хван Л.Б. Административная юстиция и страны Центральной Азии: Quo Vadis. *Административное право: сравнительно-правовые подходы : Ежегодный сборник публичного права*. Москва : Infotropik Media, 2014. С. 201–221.
6. Хван Л.Б. Правовые новации в административном правосудии стран Европейского Союза: возможности применения в странах Центральной Азии. *Административный процесс : Ежегодный сборник публичного права*. Москва : Infotropik Media, 2015. С. 95–113.
7. Egamberdiev A. (2019). Gerichtliche Verwaltungskontrolle in der Republik Usbekistan. Theorie und Rechtsgrundlagen. *Verwaltungsarchiv*, November 2019 Heft 4,(419–552), 110. Jahrgang. P. 475–505.
8. Egamberdiev, Azamat (2017). Aktuelle Fragen der Verkehrsinfrastruktur in der Republik Usbekistan, UPR, Sonderheft, p. 440–444.
9. Эгамбердиев Азамат. Административная юстиция как неотъемлемый элемент демократического правового государства. *Вопросы дальнейшего совершенствования правовых основ организации правоохранительной деятельности в Республике Узбекистан: материалы республиканской научно-практической конференции (30 июня 2015 г.)*. Ташкент : Baktria Press, 2016. С. 85–96.
10. Egamberdiev, Azamat (2007). Ergebnisse des Seminars zum Thema Vom Khanat zur Republik. Das 20. Jahrhundert: Strukturen und Grundwerte auf dem Gebiet Usbekistans, in: Reinhard Krumm/Christiane Günther/Matthias Klingenberg/Gregor Ryssel(Hrsg.),Geschichte und Identität II: Usbekistan und Deutschland im XX. Jahrhundert, Taschkent, 2007. P. 145–149.
11. Hanisch, Stefan (1996). Der gerichtliche Rechtsschutz gegen Verwaltungshandeln in der Russischen Föderation: Allgemeine Darstellung von Theorie und Rechtslage unter Einbeziehung aktueller Gerichtsentscheidungen (Langfassung des Seminarreferats vom 8.2.1996 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, unveröffentlicht), 91 pp.
12. Häberle, Peter (2006). Öffentliches Interesse als juristisches Problem: Eine Analyse von Gesetzgebung und Rechtsprechung, 2. Aufl., Berlin 2006. 791 pp.
13. Jochum, Heike (2004). Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozessrecht: Die normative Konvexität von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht und die Steuerungsleistung des materiellen Verwaltungsrechts, Mohr Siebeck, Tübingen. 553 pp.
14. Тихомиров Ю.А. Публичное право : учебник. Москва : БЕК, 1995. 469 с.
15. Костарева Т.А. О судебной системе ФРГ. *Журнал российского права*. 1997. № 8. С. 128–138.
16. Лафитский В.И. Административная юстиция в США. *Журнал российского права*. 1997. № 7. С. 117–125.
17. Корф А. Административная юстиция в России : в 2-х т. С-Петербург, 1910. 528 с.
18. Kuss, Klaus-Jürgen (1990). Gerichtliche Verwaltungskontrolle in Osteuropa, Berlin, 523 pp.
19. Masing, Johannes (1997). Die Mobilisierung des Burgers für die Durchsetzung des Rechts: europäische Impulse für eine Revision der Lehre vom subjektiv-öffentlichen Recht, Berlin 1997, 288 pp.

20. Мусаев Акбар. Законодательство об административном судопроизводстве в Республике Узбекистан. *Административный процесс : Ежегодный сборник публичного права*. Москва : Infotropik Media, 2015. С. 172–179.
21. Нематов Ж.Н. Административная юстиция в республике Узбекистан, в Российской Федерации и Японии: сравнительно-правовой анализ. *Конституция Российской Федерации и ее влияние на практику государственного строительства и развитие правовой системы страны : материалы международной научно-практической конференции*. Воронеж, 2014. С. 189–201.
22. Nolte, Jakob (2015). Die Eigenart des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes. Grund und grenzen der Anwendung des Zivilprozessrechts im Verwaltungsprozess, Berlin 2015., 678 pp.
23. Петухов Г.Е. Административная юстиция в царской России. *Правоведение*. 1974. № 5. С. 72–80.
24. Pudelka, Jörg / Deppe, Jens (2017). Allgemeines Verwaltungsrecht in Zentralasien in der Entwicklung, Ost/Mag, S.3., abrufbar unter: URL: https://www.ostinstitut.de/documents/publikationen/Pudelka_Deppe_Allgemeines_Verwaltungsrecht_in_Zentralasien_in_der_Entwicklung_OL_2_2017.pdf. p.3.
25. Салищева Н.Г. О некоторых способах защиты и охраны прав, свобод и законных интересов граждан в сфере деятельности исполнительной власти в Российской Федерации. *Конституция Российской Федерации и совершенствование механизмов защиты прав человека* / отв. редактор Лукашева. Москва, 1994. С. 78–93.
26. Скитович В.В. Правосудие по делам, возникающим из административно-правовых отношений: исторический опыт и перспективы. *ГуП (Государство и право)*. 1995. № 8. С. 22–29.
27. Sommermann, Karl-Peter (2014) .Prinzipien des Verwaltungsrechts, in: Bogdandy/Cassese/ Huber (Hrsg.), Verwaltungsrecht in Europa: Gründung, 2014, S. 864 f., 871 ff.
28. Sodan, Helge / Ziekow, Jan (2018). Grundkurs Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht, 8. Aufl. 2018, S. 737.
29. Starilov, Ju. N. (1998). Verwaltungsjustiz in Russland, Probleme der Modernen Theorie und Entwicklungsperspektiven, Osteuropa Recht 1998, 3./4. Oktober S. 217–252.
30. Старилов Ю.Н. Чиновники России на пути к профессионализму. *Журнал российского права*. 1997. № 6. С. 11–20.
31. Тимошенко И.Г. Административная юстиция в Великобритании. *Журнал российского права*. 1997. № 5. С. 128–136.
32. Uerpmann, Robert (1999). Das öffentliche Interesse – Seine Bedeutung als Tatbestandsmerkmal und als dogmatischer Begriff, Tübingen 1999, 355 pp.
33. Ведерникова О.Н. Административная юстиция (опыт зарубежных стран). *Судебная реформа – итоги, приоритеты, перспективы* : материалы конференции, серия «Научные доклады». Москва. № 47. 1997. С. 60.
34. Загряцков М.Д. Административная юстиция и право жалобы в теории законодательства : (Развитие идеи и принципов адм. юстиции. Адм. процесс и право жалобы в сов. законодательстве. Адм.-фин. распоряж. и фин. жалоба) / проф. М.Д. Загряцков. 2-е изд., перераб. и знач. доп. Москва : Право и жизнь, 1925. 244 с.
35. Жуйков В.М. Судебная защита прав граждан и юридических лиц. Москва : Городец, 1997. 320 с.
36. Verwaltungsprozesskodex: Konzeption, Modellgesetz und Kommentierung, Pudelka, Jörg (Hrsg.), Berlin (BWV) 2014.
37. Конституция Республики Узбекистан (O'zbekiston Respublikasi Konstitutsiyasi), принятая 8.12.1992 года на одиннадцатой сессии Верховного совета Республики Узбекистан двенадцатого созыва. Последние изменения внесены 5.09.2019 г. URL: <https://lex.uz/acts/35869>.

38. Закон Республики Узбекистан «Об обжаловании в суд действий и решений, нарушающих права и свободы граждан» (Fuqarolarning huquqlari va erkinliklari buzadigan xatti-harakatlar va qarolar ustidan sudga shikoyat qilish to'g'risida qonun) от 30.08.1995 г., № О'РQ-108-I (утратил силу 12.10.2018 в соответствии с Законом от 11.10.2018 (№ О'РQ-496). URL: <https://lex.uz/acts/116760>.

39. Гражданский кодекс Республики Узбекистан от 25.12.1995 г. (вступил в силу 1.3.1997 г., последние изменения внесены 23.01.2020 г.). URL: <https://lex.uz/docs/111181/>.

40. Кодекс Республики Узбекистан об административном судопроизводстве от 26.1.2018 г. (Вступил в силу 1.4.2018, последние изменения внесены 11.03.2020 г.). URL: <https://lex.uz/docs/3527365>.

41. Экономический процессуальный кодекс Республики Узбекистан от 24.1.2018 (вступил в силу 1.4.2018 г., последние изменения внесены 11.3.2020 г.). URL: <https://lex.uz/ru/docs/3523895>.

42. Гражданский кодекс Республики Узбекистан от 30.8.1997 г. (утратил силу 1.4.2018 г. в соответствии с Законом от 29.1.2018 г. (№ О'РQ-463). URL: <http://lex.uz/docs/186098>.

43. Указ Президента Республики Узбекистан от 21.10.2016 № PF-4850 «О мерах по дальнейшему реформированию судебной системы, усилению гарантий надежной защиты прав и свобод граждан». № PF-4850. URL: <https://lex.uz/docs/3050494>.

44. Указ Президента Республики Узбекистан от 21.2.2017 № PF-4966 «О мерах по коренному совершенствованию структуры и повышению эффективности деятельности судебной системы Республики Узбекистан». URL: <https://lex.uz/docs/3121087>.

45. Указ Президента Республики Узбекистан от 8.9.2017 № PF-5185 «Об утверждении концепции административной реформы в Республике Узбекистан». URL: <https://lex.uz/docs/3331174>.

46. Указ Президента Республики Узбекистан от 3.10.2019 № PF-5843 «О мерах по кардинальному совершенствованию кадровой политики и системы государственной гражданской службы в Республике Узбекистан». URL: <http://www.lex.uz/docs/4549993>.

47. Постановление Пленума Верховного суда Республики Узбекистан от 19.5.2018 г. № 17. URL: <http://www.lex.uz/ru/docs/3761216>.

48. Статистические данные Верховного суда Республики Узбекистан. URL: <https://www.oliysud.uz/uploads/2018/11/2018-9-month-administrative-courts-stat-uzb.pdf>.

49. Газета «Даракчи». URL: <http://www.darakchi.uz/ru/41648>.

References:

1. Bettermann, Karl August (1955). Verwaltungsakt und Richterspruch, in: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek, München, 361 pp.

2. Bojcova, V. (1993). Nužna li nam administrativnaja justicija? [Brauchen wir eine Verwaltungsjustiz?], Sovetskaja Justicija, Nr. 7, p. 12–13 [auf Russisch].

3. Bojcova, V.V. / Bojcov, V.Ja. (1994) Administrativnaja justicija: K prodolženiju diskussii o sodержanii i značenii [Verwaltungsjustiz: Zur Fortsetzung der Diskussion über Inhalt und Bedeutung], GiP, Nr. 5, p. 42–53 [auf Russisch].

4. Chamaneva N.Ju. (1993). Obžalovanie v sud dejstvij i rešenij, narušajuščich prava i svobody graždan Rossii [Die Beschwerdeführung vor Gericht gegen Handlungen und Entscheidungen, die die Rechte und Freiheiten der Bürger Russlands verletzen], GiP, Nr. 11, p. 3–12 [auf Russisch].

5. Chvan, L. B. (2014). Administrativnaja justicija i strany Central'noj Azii: Quo Vadis [Verwaltungsjustiz und zentralasiatische Länder: Quo Vadis], in: Ežegodnik publičnogo prava, Administra-tivnoe pravo: sravnitel'no-pravovye podchody, Moskva (Infotropic Media), p. 201–221 [auf Russisch].

6. Chvan, L. B. (2015). Pravovye novacii v administrativnom pravosudii stran Evropejskogo Sojuza: vosmožnosti primenenija v stranach Central'noj Azii [Die rechtliche Neuerungen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit der Länder der Europäischen Union: Anwendungsmöglichkeiten in den zentralasiatischen Ländern] in: Ežegodnik publičnogo prava, Administrativnyj process, Moskva (Infotropic Media), p. 95–113 [auf Russisch].
7. Egamberdiev A. (2019). Gerichtliche Verwaltungskontrolle in der Republik Usbekistan. Theorie und Rechtsgrundlagen. Verwaltungsarchiv, November 2019 Heft 4,(419-552), 110. Jahrgang. P. 475–505.
8. Egamberdiev, Azamat (2017). Aktuelle Fragen der Verkehrsinfrastruktur in der Republik Usbekistan, UPR, Sonderheft, p. 440–444.
9. Egamberdiev, Azamat (2016) Administrativnaja justicija kak neot'emlemyj element demokratičeskogo pravovogo gosudarstva [Die Verwaltungsgerichtsbarkeit als ein inhärenter Bestandteil des demokratischen Rechtsstaates], in: Voprosy dal'nejšego soversenstvovanija pravovyh osnov organizacii pravoochranitel'noj dejatel'nosti v Respublike Usbekistan, Materialy naučno-praktičeskoj konferencii [Fragen der Vervollkommenheit der Rechtsgrundlagen der Rechtsschutzstätigkeit in der Republik Usbekistan, Materialien einer wissenschaftlich-praktischen Konferenz], Taškent 2016, p. 85–96. [auf Russisch].
10. Egamberdiev, Azamat (2007). Ergebnisse des Seminars zum Thema « Vom Khanat zur Republik. Das 20. Jahrhundert: Strukturen und Grundwerte auf dem Gebiet Usbekistans», in: Reinhard Krumm/Christiane Günther/Matthias Klingenberg/Gregor Ryssel(Hrsg.), Geschichte und Identität II: Usbekistan und Deutschland im XX. Jahrhundert, Taschkent, 2007, p. 145–149.
11. Hanisch, Stefan (1996). Der gerichtliche Rechtsschutz gegen Verwaltungshandeln in der Russischen Föderation: Allgemeine Darstellung von Theorie und Rechtslage unter Einbeziehung aktueller Gerichtsentscheidungen (Langfassung des Seminarreferats vom 8.2.1996 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, unveröffentlicht), 91 pp.
12. Häberle, Peter (2006). Öffentliches Interesse als juristisches Problem: Eine Analyse von Gesetzgebung und Rechtsprechung, 2. Aufl., Berlin 2006; 791 pp.
13. Jochum, Heike (2004). Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozessrecht: Die normative Konvexität von Verwaltungsverfahrens- und Verwaltungsprozessrecht und die Steuerungsleistung des materiellen Verwaltungsrechts, Mohr Siebeck, Tübingen. 553 pp.
14. Tichomirov, Ju. A. (1995). Publičnoe pravo [Öffentliches Recht], Moskva, 469 pp. [auf Russisch].
15. Kostareva, T.A. (1997). O sudebnoj sisteme FRG [Über das Gerichtssystem der Bundesrepublik Deutschland], Žurnal rossijskogo prava, Nr. 8, p. 128-138. [auf Russisch].
16. Lafitskij, V.I. (1997). Administrativnaja justicija v SŠA [Verwaltungsjustiz in den USA], Žurnal rossijskogo prava, Nr. 7, S. 117–125; [auf Russisch].
17. Korf, A., (1910). Administrativnaja justicija v Rossii [Verwaltungsjustiz in Russland], Bd. 1 und 2, Sankt Peterburg 1910; [auf Russisch]. 528 pp.
18. Kuss, Klaus-Jürgen (1990). Gerichtliche Verwaltungskontrolle in Osteuropa, Berlin, 523 pp.
19. Masing, Johannes (1997). Die Mobilisierung des Burgers für die Durchsetzung des Rechts: europäische Impulse für eine Revision der Lehre vom subjektiv-öffentlichen Recht, Berlin 1997, 288 pp.
20. Musaev, Akbar (2015). Zakonodatel'stvo ob administrativnom sudoproizvodstve v Respublike Uzbekistan [Gesetzgebung über die Verwaltungsrechtspflege in der Republik Usbekistan], in: Ežegodnik publičnogo prava 2015, Administrativnyj process, Moskva (Infotropic Media), S. 172-179; [auf Russisch].
21. Nematov, Š.N. (2014). Administrativnaja justicija v Respublike Uzbekistan, v Rossijskoj Federacii i Japonii: Sravnitel'no-pravovoj analiz [Verwaltungsjustiz in der Republik Usbekistan,

der Russischen Föderation und Japan: Eine rechtsvergleichende Analyse], in: Konstitucija Rossijskoj Federacii i ee vlijanie na praktiku gosudarstvennogo stroitel'stva i razvitie pravovoj sistemy strany, Materialien einer internationalen wissenschaftlich-praktischen Konferenz, Voronež 2014, S. 189–201; [auf Russisch].

22. Nolte, Jakob (2015). Die Eigenart des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes. Grund und grenzen der Anwendung des Zivilprozessrechts im Verwaltungsprozess, Berlin 2015., 678 pp.

23. Petuchov, G.E., (1974). Administrativnaja justicija v carskoj Rossii [Verwaltungsjustiz im zaristischen Russland], Pravovedenie 1974, Nr. 5, p. 72–80.

24. Pudelka, Jörg / Deppe, Jens (2017). Allgemeines Verwaltungsrecht in Zentralasien in der Entwicklung, Ost/Mag, S.3., abrufbar unter: https://www.ostinstitut.de/documents/publikationen/Pudelka_Deppe_Allgemeines_Verwaltungsrecht_in_Zentralasien_in_der_Entwicklung_OL_2_2017.pdf. P. 3.

25. Sališčeva, N.G., (1994), O nekotorych sposobach zaščity i ochrany prav, svobod i zakonnych interesov graždan v sfere dejatel'nosti ispolnitel'noj vlasti v Rossijskoj Federacii [Über einige Arten der Verteidigung und des Schutzes der Rechte, Freiheiten und rechtmäßigen Interessen der Bürger im Bereich der Tätigkeit der vollziehenden Gewalt in der Russischen Föderation], in: Konstitucija Rossijskoj Federacii i soveršenstvovanie mehanizmov zaščity prav čeloveka [Die Verfassung der Russischen Föderation und die Vervollkommnung der Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte], Moskva 1994, S. 78–93. [auf Russisch].

26. Skitovič, V.V. (1994). Pravosudie po delam, vznikajuščim iz administrativno-pravovyh otnošenij: Istoričeskij opyt i perspektivy [Rechtsprechung in Streitigkeiten, die aus verwaltungsrechtlichen Rechtsbeziehungen resultieren: Historische Erfahrungen und Perspektiven], GiP 1995, Nr. 8, S. 22–29; [auf Russisch].

27. Sommermann, Karl-Peter (2014). Prinzipien des Verwaltungsrechts, in: Bogdandy/Cassese/ Huber (Hrsg.), Verwaltungsrecht in Europa: Grundzüge, 2014, S.864 f., 871 ff.

28. Sodan, Helge / Ziekow, Jan (2018). Grundkurs Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht, 8. Aufl. 2018, S. 737.

29. Starilov, Ju. N. (1998). Verwaltungsjustiz in Russland, Probleme der Modernen Theorie und Entwicklungsperspektiven, Osteuropa Recht 1998, 3./4. Oktober S. 217–252.

30. Starilov, Ju. N. (1995). Činovniki Rossii na puti k professionalizmu [Die Beamten Russlands auf dem Weg zu Professionalität], Rossijskaja Justicija 1995, Nr. 9, S. 40–42; M.S. Studenikina, Administrativnaja justicija nuždaetsja v četkom pravovom regulirovanii [Die Verwaltungsjustiz bedarf der genauen rechtlichen Regelung], Žurnal rossijskogo prava, 1997, Nr. 6, S. 11–20 [auf Russisch].

31. Timošenko, J.G. (1997), Administrativnaja justicija v Velikobritanii [Verwaltungsjustiz in Großbritannien], Žurnal rossijskogo prava, 1997, Nr. 5, S. 128–136 [auf Russisch].

32. Uerpman, Robert (1999). Das öffentliche Interesse – Seine Bedeutung als Tatbestandsmerkmal und als dogmatischer Begriff, Tübingen 1999, 355 pp.

33. Vedernikova, O.N. (1997). Administrativnaja justicija (opyt zarubežnyh stran) [Verwaltungsjustiz (Die Erfahrungen des Auslands)], in: Sudebnaja reforma – itogi, priority, perspektivy, Materialy konferencii, Serija « Naučnye doklady» [Gerichtsreform – Ergebnisse, Prioritäten und Perspektiven, Konferenzmaterialien, Reihe « Wissenschaftliche Vorträge», Nr. 47, Moskva 1997, S. 60 [auf Russisch].

34. Zagrjackov, M.D. (1925). Administrativnaja justicija i pravo žaloby v teorii i zakonodatel'stve [Die Verwaltungsjustiz und das Beschwerderecht in Theorie und Gesetzgebung], Moskva 1925. 244 p. [auf Russisch].

35. Žujkov, V.M. (1997). Sudebnaja zaščita prav graždan i juridičeskich lic (Der gerichtliche Schutz der Rechte der Bürger und der juristischen Personen), Moskva 1997, 320 pp. [auf Russisch].

36. Verwaltungsprozesskodex: Konzeption, Modellgesetz und Kommentierung, Pudelka, Jörg (Hrsg.), Berlin (BWV) 2014.
37. Verfassung der Republik Usbekistan (O'zbekiston Respublikasi Konstitutsiyasi), angenommen am 8.12.1992 auf der Elften Tagung des Obersten Sowjets der Republik Usbekistan der 12. Legislaturperiode und zuletzt geändert am 5.9.2019, <https://lex.uz/acts/35869>.
38. Gesetz der Republik Usbekistan « Über die Beschwerdeführung vor Gericht gegen Handlungen und Entscheidungen, die die Rechte und Freiheiten der Bürger verletzen» (Fuqarolarning huquqlari va erkinliklari buzadigan xatti-haraqatlar va qarolar ustidan sudga shikoyat qilish to'g'risida qonun) vom 30.8.1995, Nr.O'RQ-108-I (außer Kraft getreten am 12.10.2018 aufgrund Gesetzes vom 11.10.2018 (Nr.O'RQ-496), <https://lex.uz/acts/116760>.
39. Das Zivilgesetzbuch der Republik Usbekistan vom 25.12.1995 (in Kraft seit 1.3.1997, zuletzt geändert am 23.01.2020), <https://lex.uz/docs/111181>.
40. Gesetzbuch der Republik Usbekistans über die Verwaltungsrechtspflege vom 26.1.2018 (in Kraft seit 1.4.2018, zuletzt geändert am 11.3.2020), <https://lex.uz/docs/3527365>.
41. Wirtschaftsprozessordnung der Republik Usbekistan vom 24.1.2018 (in Kraft seit 1.4.2018, zuletzt geändert am 11.5.2019), <https://lex.uz/ru/docs/3523895>.
42. Zivilprozessordnung der Republik Usbekistan vom 30.8.1997 (außer Kraft getreten am 1.4.2018 aufgrund Gesetzes vom 29.1.2018 (Nr.O'RQ-463), <http://lex.uz/docs/186098>.
43. Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan « Über die Maßnahmen zur weiteren Reformierung des Rechts- und Justizsystems, zur Verstärkung der Garantien eines zuverlässigen Schutzes der Rechte und Freiheiten der Bürger» vom 21.10.2016, Nr. PF-4850, <https://lex.uz/docs/3050494>.
44. Erlass des Präsidenten der Republik Usbekistan „Über Maßnahmen zur grundlegenden Vervollkommnung der Organisation und zur Effizienzverbesserung des Justizsystems der Republik Usbekistan“ vom 21.2.2017, Nr. PF-4966, <https://lex.uz/docs/3121087>.
45. Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Bestätigung der Konzeption der Verwaltungsreform in der Republik Usbekistan“ vom 8.9.2017, Nr. PF-5185, <https://lex.uz/docs/3331174>.
46. Erlass des Präsidenten Republik Usbekistan „Über die Maßnahmen zur grundlegenden Vervollkommnung der Kaderpolitik und des staatlichen bürgerlichen Dienstsystems in der Republik Usbekistan“ vom 3.10.2019, Nr. PF-5843, <http://www.lex.uz/docs/4549993>.
47. Beschluss Nr.17 des Plenums des Obersten Gerichts der Republik Usbekistan vom 19.5.2018, <http://www.lex.uz/ru/docs/3761216>.
48. Statistischen Daten des Obersten Gerichts der Republik Usbekistan, <https://www.oliysud.uz/uploads/2018/11/2018-9-month-administrative-courts-stat-uzb.pdf>.
49. Zeitschrift „Darakchi“, <http://www.darakchi.uz/ru/41648>.

**PROBLEMS RELATED TO THE DEVELOPMENT
OF ADMINISTRATIVE JURISDICTION IN UZBEKISTAN**

Dr. iur. **Azamat Egamberdiev,**

Senior Lecturer at the Department of State Law and Governance

of the Tashkent State University of Law of the Ministry of Justice of the Republic of Uzbekistan

orcid.org/0000-0001-5152-9885

The article deals with the development of the system of judicial administrative control in the Republic of Uzbekistan in the context of the modernization of the post-Soviet Central Asian country under the rule of law. The author discusses the legal foundations of the Uzbek administrative judiciary and deals with the problems of developing basic legal terms as well as the fundamental principles of an administrative judicial process that meets the requirements of the rule of law.

In addition, the author comments on the legal policy requirements for successful administrative reform in Uzbekistan. He points out the need to change the general legal awareness in his country and considers the current Uzbek legal protection system in need of improvement. In the author's opinion, German experience in the field of legal protection should be taken into account when transforming Uzbekistan into a democratic constitutional state. In this context, he recommends close cooperation between Uzbek and German legal scholars and legal practitioners.

Key words: development, administrative jurisdiction, fundamental principles, modernization, Republic of Uzbekistan.